

**Sonderkonferenz
der Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder
sowie Gespräch mit Frau Bundesministerin Stark-Watzinger
und dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland
am 19. Oktober 2023 in Berlin**

Beschluss

TOP 4 DDR-Forschung

Seit 2017 fördert das BMBF über die „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR und dem SED-Unrecht. In diesem Rahmen werden Forschungsverbände aus jeweils mehreren Disziplinen gefördert. Sie arbeiten zu Themen wie der Wirtschafts- und der Mediengeschichte der DDR, ihrem Schul- und Bildungswesen, der Umweltgeschichte, dem Spannungsfeld zwischen offiziellen und familiären Erinnerungen an das Leben in der DDR und dem Erbe der friedlichen Revolution von 1989.

Die Erforschung und wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR als zweiter Diktatur auf deutschem Boden muss fortgeführt und verstetigt werden. Dabei geht es nicht nur darum, Forschungslücken zu schließen, sondern die DDR-Forschung zu einem festen Bestandteil von Forschung und Lehre an den Hochschulen in Deutschland zu machen.

Die DDR-Forschung gibt den Opfern des SED-Regimes ein Gesicht. Sie kann aber auch helfen, spezifisch ostdeutsche Sichtweisen auf gesellschaftspolitische Entwicklungen anhand von Biografien und Erfahrungen der Menschen, die selbst in der DDR gelebt haben oder durch die Erzählungen ihrer Eltern geprägt wurden, zu verstehen. Angesichts der Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft heute steht, die nur über eine Verständigung über die jüngere Vergangenheit in unserem Land bewältigt werden können, wäre die Kürzung der Förderung für die DDR-Forschung das falsche Signal und würde die in den letzten Jahren errungenen Erfolge bei der Verankerung der DDR-Forschung in der deutschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft gefährden.

Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten daher den Bund, Mittel für die DDR-Forschung nach 2025 lückenlos in mindestens gleicher Höhe wie in der zweiten Förderrunde zur Verfügung zu stellen, mit dem Ziel, die Förderung der DDR-Forschung dauerhaft und nachhaltig fortzuführen und weiterzuentwickeln. Nachdem sich die Anzahl der Forschungsverbände zwischen der ersten und zweiten Förderphase von 14 auf 7 halbiert und das Fördervolumen sich substantiell verringert hat, bedarf es einer deutlichen Korrektur. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder erwarten, dass das BMBF zügig mit den Planungen beginnt und den Austausch mit den Forschungsverbänden sucht. Förderabbrüche müssen vermieden werden. Auch 35 Jahre nach der friedlichen

Revolution stehen wir bundesweit, aber auch in den einzelnen Ländern noch am Anfang der Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Neben einer weiteren intensiven Erforschung der SED-Diktatur bedarf es einer Perspektivenerweiterung in der DDR-Forschung. Sie muss in breitere Bezüge eingebettet und um die Wirkmechanismen in Gänze erweitert werden.